



# HESSISCHER LANDTAG

10. 01. 2025

## Kleine Anfrage

**Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD), Gerhard Schenk (Bebra) (AfD),  
Markus Fuchs (AfD), Sandra Weegels (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD),  
Christian Rohde (AfD), Pascal Schleich (AfD) und Olaf Schwaier (AfD)  
vom 22.11.2024**

### **Anstieg offener strafrechtlicher Ermittlungsverfahren in Hessen**

**und**

### **Antwort**

**Minister der Justiz und für den Rechtsstaat**

#### **Vorbemerkung Fragesteller:**

Der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, Sven Rebehn, forderte in der BILD am Sonntag vom 08.09.2024 konkret zur Situation nach dem islamistischen Mordanschlag von Solingen dass, es jetzt einen „großen Wurf“ für die Innere Sicherheit brauche, mit dem es gelänge, Verfassungsschutz und Polizei, Staatsanwaltschaften und Strafgerichte, Migrationsbehörden und Verwaltungsgerichte rechtlich, personell und technisch so aufzustellen, dass sie das Sicherheitsversprechen des Staates umfassend erfüllen können. Nach einer Erhebung des Bundesgeschäftsführers in der Deutschen Richterzeitung (DRiZ, 24, 172f.) sind die Anstiegszahlen offener strafrechtlicher Ermittlungsverfahren für Hessen besonders erschreckend: Sie stiegen in den vergangenen zwei Jahren von 82.028 auf 107.836 Fälle, ein Plus von 31 Prozent. Den jüngsten leichten Rückgang im ersten Halbjahr 2024 von 1,5 Prozent bezeichnete der hessische Richterbund als „lediglich nicht-signifikant und in der Praxis auch nicht wahrnehmbar“.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1    Wie bewertet die Landesregierung den erheblichen Anstieg offener Ermittlungsverfahren im Hinblick auf die Ursachen?

Frage 4    Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Zahl offener Ermittlungsverfahren signifikant zu senken?

Die Fragen 1 und 4 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Gründe für einen Anstieg von Ermittlungsverfahren können vielschichtig sein. So können unter anderem die Komplexität von Ermittlungsverfahren oder neue Kriminalitätsphänomene eine Rolle spielen. Grundlage für das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat ist eine starke Justiz, die auf jedwede Änderung im Kriminalitätssektor schlagkräftig reagieren kann. Die hessischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte leisten hierzu jeden Tag in hervorragender Weise ihren Beitrag. Um sie in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken, sieht der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2025 insgesamt 100 zusätzliche Planstellen (davon 50 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte) für die Staatsanwaltschaften in Hessen vor.

Frage 2    Wie verteilen sich die derzeit offenen Ermittlungsverfahren auf die unterschiedlichen Deliktgruppen und Zeiträume? Bitte aufschlüsseln nach Deliktgruppen und Jahren.

Zur Beantwortung wird auf Anlage 1 verwiesen, welche die Aufgliederung der zum Stichtag 10.12.2024 noch offenen Ermittlungsverfahren nach Deliktgruppen und Zeiträumen enthält.

Frage 3    Wie lange werden die derzeit offenen Ermittlungsverfahren bereits geführt? Bitte aufschlüsseln nach Dauer der Ermittlungsverfahren.

Die Verfahrensdauer der noch offenen Ermittlungsverfahren reicht von 486,27 Monaten bis 0,30 Monaten abhängig vom Eingangsdatum bei der Staats-/Amtsanwaltschaft. Eine Einzelauswertung der zum Stichtag 10.12.2024 noch offenen 105.641 Ermittlungsverfahren wäre innerhalb des zur Beantwortung der Kleinen Anfrage vorgegebenen Zeitrahmens nur mit unverhältnis-

mäßigem Aufwand leistbar. Die Größenordnung der Verfahrensdauer lässt sich aber der Tabelle in Anlage 1 entnehmen.

Frage 5 Ist es in Hessen in den drei Jahren 2020 bis 2023 zu Entlassungen aus der Untersuchungshaft aufgrund überlanger Verfahrensdauer gekommen? Bitte aufschlüsseln nach Datum, Gerichtszuständigkeit und Tatvorwurf.

Die Ursachen für die Aufhebung von Haftbefehlen sind stark vom Einzelfall, wie zum Beispiel dem Umfang der Ermittlungen, geprägt. Aufhebungen gehen zudem häufig Entscheidungsprozesse voran, die der richterlichen Unabhängigkeit unterliegen. Dies gilt für die Terminierung und Priorisierung von Verfahren durch das erkennende Gericht genauso wie für die Entscheidungen durch das jeweilige Präsidium, das die Richterinnen und Richter den jeweiligen Strafkammern zuweist, die Geschäfte verteilt und auch über etwaige Überlastungsanzeigen entscheidet. Soweit die Ursachen für die Nichtbeachtung des Beschleunigungsgebotes in diesen Sphären liegen, kann die Exekutive keine Bewertung vornehmen. Sie kann lediglich optimale Rahmenbedingungen schaffen. Die Justiz wurde gerade erst im Doppelhaushalt 2023/2024 durch 100 neue R-Stellen gestärkt. Weitere 10 R-Stellen erhielten die Staatsanwaltschaften im Nachtrag 2024. Das Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat beobachtet im Rahmen einer vorausschauenden Einstellungs- und Personalpolitik die Belastungssituationen auch weiterhin fortlaufend. Aus der Gesamtzahl der Aufhebungen lässt sich daher keinesfalls ein Rückschluss auf einen etwaigen Personalmangel ziehen.

Zur Beantwortung wird auf die unten stehende Tabelle Bezug genommen.

| Datum       | Zuständiges Gericht           | Delikt                                                               | Anzahl der Beschuldigten |
|-------------|-------------------------------|----------------------------------------------------------------------|--------------------------|
| 16.12.2020  | Landgericht Kassel            | Besonders schwerer Raub                                              | 2                        |
| 27.05. 2021 | Landgericht Kassel            | Versuchter Mord                                                      | 1                        |
| 27.05.2021  | Landgericht Kassel            | Versuchter Totschlag                                                 | 1                        |
| 31.01.2022  | Landgericht Kassel            | Gewerbs- und bandenmäßige Einschleusung von Ausländern               | 1                        |
| 10.02.2022  | Landgericht Frankfurt am Main | Versuchter Totschlag                                                 | 1                        |
| 29.03.2022  | Landgericht Frankfurt am Main | Versuchter Diebstahl                                                 | 1                        |
| 24.05.2022  | Landgericht Frankfurt am Main | Versuchter Totschlag in Tateinheit mit schwerem Raub                 | 1                        |
| 28.06.2022  | Landgericht Frankfurt am Main | Versuchter Totschlag in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung | 1                        |
| 30.06.2022  | Landgericht Frankfurt am Main | Versuchter Totschlag in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung | 4                        |
| 27.09.2022  | Amtsgericht Darmstadt         | Einbruchsdiebstahl, Computerbetrug und Körperverletzung              | 1                        |
| 06.10.2022  | Landgericht Frankfurt am Main | Versuchter Mord                                                      | 2                        |
| 21.10.2022  | Landgericht Kassel            | Versuchter Totschlag                                                 | 1                        |
| 12.10.2023  | Landgericht Darmstadt         | Schwerer Bandendiebstahl und Brandstiftung                           | 1                        |

Frage 6 Wie viele neue Stellen für Strafrichter und Staatsanwälte wurden im Erhebungszeitraum 2020 bis 2023 in Hessen geschaffen? Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Gerichtsbezirk.

Die Anzahl der Stellen für Richterinnen und Richter umfasst sämtliche neu geschaffenen Richterstellen. Eine gesonderte Stellenausweisung für Strafrichter erfolgt nicht. Im Haushaltsplan ausgewiesen und der ordentlichen Gerichtsbarkeit zur Verfügung gestellt wird vielmehr nur eine Anzahl an Stellen für Richter insgesamt. Die Zahl der Richterinnen und Richter, die in den einzelnen Spruchkörpern zur Bearbeitung von Strafverfahren eingesetzt werden, regelt die von den Präsidien der jeweiligen Gerichte in richterlicher Unabhängigkeit aufzustellende Geschäftsverteilung. Eine gezielte Ausweisung von Planstellen speziell der Stellen für Strafrichter ist daher auf Ebene des Haushaltsgesetzgebers nicht möglich.

Im Erhebungszeitraum 2020 bis 2023 wurden in Hessen für die Staatsanwaltschaften neue Stellen wie folgt geschaffen:

|                                    | 2020              | 2021 | 2022             | 2023             | Summe |
|------------------------------------|-------------------|------|------------------|------------------|-------|
| Staatsanwaltschaften               | 23,0              | 5,0  | 2,0              | 26,0             | 56,0  |
| Generalstaatsanwaltschaft          | 12,0 <sup>1</sup> |      | 1,0              |                  | 13,0  |
| Staatsanwaltschaft Darmstadt       | 2,0               | 0,5  |                  | 3,0              | 5,5   |
| Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. | 5,0               | 1,0  |                  | 8,0 <sup>3</sup> | 14,0  |
| Staatsanwaltschaft Fulda           |                   | 1,0  |                  | 2,5              | 3,5   |
| Staatsanwaltschaft Gießen          | 1,0               |      |                  | 2,0              | 3,0   |
| Staatsanwaltschaft Hanau           | 1,0               | 0,5  |                  | 2,0              | 3,5   |
| Staatsanwaltschaft Kassel          |                   |      |                  | 3,0              | 3,0   |
| Staatsanwaltschaft Limburg/Lahn    |                   |      |                  | 1,5              | 1,5   |
| Staatsanwaltschaft Marburg         | 1,0               | 2,0  | 1,0 <sup>2</sup> | 3,0              | 7,0   |
| Staatsanwaltschaft Wiesbaden       | 1,0               |      |                  | 1,0              | 2,0   |

<sup>1</sup> Die 12 neuen Stellen für die Generalstaatsanwaltschaft umfassen acht Stellen für die ZIT und 2,0 Stellen für die „Abordnungen GStA Staatsschutz“

<sup>2</sup> In Hessen wurde für die Ersatzstellung in Mutterschutzfällen im R-Bereich für die Staatsanwaltschaften und ordentliche Gerichtsbarkeit jeweils ein Pool „Task-Force Mutterschutz“ von R 1-Stellen eingerichtet. Sie dienen als stellentechnischer Puffer für die Stellenführung der Ersatzkräfte während des Beschäftigungsverbots beziehungsweise der Mutterschutzfrist der Richterin oder Staatsanwältin. Der Pool für die Staatsanwaltschaften wurde mit dem Haushalt 2022 um eine Stelle verstärkt.

<sup>3</sup> Davon drei R 2-Stellen für eine Task-Force „LAK“. Die Stellen dienen zur vorübergehenden Kompensation von Vakanzen im R 2-Bereich infolge der Nutzung von Zeitguthaben auf den Lebensarbeitszeitkonten. Dadurch wird bei einem Ruhestand eines/einer R 2-Staatsanwalts/Staatsanwältin eine zeitnahe Ausschreibung und Besetzung der Stelle möglich.

Im Erhebungszeitraum 2020 bis 2023 wurden in Hessen für ordentliche Gerichtsbarkeit Stellen wie folgt geschaffen:

|                             | 2020              | 2021              | 2022 | 2023              | Summe |
|-----------------------------|-------------------|-------------------|------|-------------------|-------|
| Ordentliche Gerichtsbarkeit | 32,0 <sup>1</sup> | 11,0              | 26,0 | 45,0 <sup>4</sup> | 114,0 |
| Oberlandesgericht           | 4,0               |                   | 2,0  | 3,0               | 9,0   |
| LGB Darmstadt               | 5,0               |                   | 6,5  | 8,0               | 19,5  |
| LGB Frankfurt a. M.         | 5,0 <sup>2</sup>  | 11,0 <sup>3</sup> | 3,0  | 6,0               | 25,0  |
| LGB Fulda                   | 2,0               |                   | 1,0  | 3,0               | 6,0   |
| LGB Gießen                  | 1,0               |                   | 2,5  | 3,0               | 6,5   |
| LGB Hanau                   | 2,0               |                   | 1,0  | 3,0               | 6,0   |
| LGB Kassel                  | 3,0               |                   | 3,0  | 4,0               | 10,0  |
| LGB Limburg a. d. L.        | 2,0               |                   | 1,0  | 3,0               | 6,0   |
| LGB Marburg                 | 1,0               |                   | 1,0  | 4,0               | 6,0   |
| LGB Wiesbaden               | 2,0               |                   | 1,0  | 3,0               | 6,0   |
| AG Darmstadt                | 1,0               |                   | 1,0  | 1,0               | 3,0   |
| AG Frankfurt a. M.          | 4,0               |                   | 2,0  | 3,0               | 9,0   |

|                    | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | Summe |
|--------------------|------|------|------|------|-------|
| AG Gießen          | 1,0  |      |      |      | 1,0   |
| AG Kassel          | 1,0  |      | 1,0  |      | 2,0   |
| AG Offenbach a. M. | 1,0  |      |      |      | 1,0   |
| AG Wiesbaden       | 1,0  |      |      |      | 1,0   |

- <sup>1</sup> Der Haushalt 2020 sah insgesamt 32 neue Richterstellen für die ordentliche Gerichtsbarkeit vor. Vier Stellen aus dem Nachtragshaushalt 2019 waren noch nicht zugewiesen. Aufgrund des Gesamtkonzepts des Präsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main zu einer bedarfsgerechten Verteilung der insgesamt 36 Stellen ist eine Aufschlüsselung nach Stellen aus 2019 und 2020 nicht möglich.
- <sup>2</sup> Davon drei neue Stellen für das Sonderkontingent „Ausbildungskordinator Rechtsreferendariat“.
- <sup>3</sup> 10,0 neue Stellen für eine Task-Force für „Besondere Verfahrenslagen“ und 1,0 Stelle für die gesetzlich vorgesehene Freistellung der Gremien (zum Beispiel). Mit der Task-Force „Besondere Verfahrenslagen“ wird strukturellen und punktuellen Engpässen im Bereich des richterlichen Personals begegnet. Die Verteilung erfolgt für ein Jahr. Bei einer veränderten Bedarfslage erfolgt eine Anpassung.
- <sup>4</sup> In 2023 wurden lediglich 44 Stellen verteilt. Die Verteilung einer R-Stelle wurde zunächst zurückgestellt und in 2024 dem VG Darmstadt zur bedarfsgerechten Errichtung einer Asylkammer übertragen.

Frage 7 Wie viele Stellen für Strafrichter und Staatsanwälte plant die Landesregierung im laufenden Jahr und im Jahr 2025 zu schaffen? Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Gerichtsbezirk.

Zunächst wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen und im Übrigen auf die folgenden Tabellen:

|                                      | 2024 | 2025<br>Entwurf HH | Summe |
|--------------------------------------|------|--------------------|-------|
| Staatsanwaltschaften                 | 21,0 | 50,0 <sup>1</sup>  | 71,0  |
| Generalstaatsanwaltschaft            | 1,0  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Darmstadt         | 5,0  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main | 8,0  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Fulda             | 0,5  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Gießen            | 2,0  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Hanau             | 0,5  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Kassel            | 1,0  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Limburg/Lahn      | 0,5  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Marburg           | 0,5  |                    |       |
| Staatsanwaltschaft Wiesbaden         | 2,0  |                    |       |

- <sup>1</sup> Der Haushaltsentwurf 2025 sieht für die hessischen Staatsanwaltschaften 50 neue Stellen im R-Bereich vor. Eine Zuweisung der Stellen kann erst nach der Verabschiedung des Haushalts für 2025 erfolgen.

|                             | 2024 | 2025<br>Entwurf HH | Summe |
|-----------------------------|------|--------------------|-------|
| Ordentliche Gerichtsbarkeit | 14,0 | 0,00               | 14,0  |
| Oberlandesgericht           | 4,0  |                    | 4,0   |
| LGB Darmstadt               | 3,0  |                    | 3,0   |
| LGB Kassel                  | 3,0  |                    | 3,0   |
| LGB Marburg                 | 3,0  |                    | 3,0   |
| AG Frankfurt a. M.          | 1,0  |                    | 1,0   |

- Frage 8 Hält die Landesregierung die Neueinstellungen von Richtern und Staatsanwälten in Anbetracht der Zuwachszahlen offener Ermittlungsverfahren für ausreichend?
- Frage 9 Welche Zahl an Neueinstellungen von Richtern und Staatsanwälten hält die Landesregierung für ausreichend, um die Zahl offener Ermittlungsverfahren innerhalb der nächsten drei Jahre spürbar zu reduzieren?

Die Fragen 8 und 9 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine Neueinstellung von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten kann grundsätzlich nur erfolgen, sofern besetzbare Stellen sowie entsprechende Haushaltsmittel vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt derzeit keine Probleme, offene Stellen für Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten mit geeigneten Bewerbern zu besetzen. Zur Gewinnung qualifizierten Personals wurde in den vergangenen Jahren ein ganzes Maßnahmenbündel getroffen, um die Justiz für Juristinnen und Juristen auch weiterhin attraktiv zu halten, wie beispielsweise die Erhöhung der Eingangsbesoldung für Einsteiger auf die Stufe drei in R 1, die Einführung der AssessorBrücke oder die Ausweitung des Mentorings auf alle Gerichte.

Das Interesse der Bewerberinnen und Bewerber für eine Tätigkeit bei der Justiz ist dementsprechend weiterhin groß, so dass eine sehr zügige Besetzung der neuen Stellen erfolgt ist beziehungsweise auch zukünftig erwartet werden kann.

Freie und besetzbar gewordene Stellen können darüber hinaus nicht nur durch Neueinstellungen (nach)besetzt werden. Vielmehr tragen auch die „Rückkehrer“ aus Elternzeiten, Beurlaubungen oder Abordnungen sowie Aufstockungen und das Auslaufen von Teilzeitbeschäftigungen zu einem hohen Besetzungsgrad in der hessischen Justiz bei.

So lag im laufenden Jahr die Stellenbesetzungsquote im richterlichen Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit zwischen 94,93 Prozent und 96,08 Prozent und im staatsanwaltlichen Dienst zwischen 94,62 Prozent und 97,72 Prozent.

Die Landesregierung hat, um den steigenden Verfahrenszahlen gerecht zu werden, bereits in der Vergangenheit mit einem kontinuierlichen Stellenaufbau begonnen, welcher vor allem in den letzten beiden Jahren zu einem deutlichen Aufwuchs von Stellen geführt hat. Der zuletzt mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorangetriebene Stellenaufwuchs unterstreicht deutlich den von der Hessischen Landesregierung längerfristig gesetzten Justizschwerpunkt.

Trotz der gesamtheitlich schwierigen Haushaltslage sieht der Haushaltsplanentwurf 2025 weitere 50 Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vor. Dies erscheint in Anbetracht des errechneten Personalbedarfs eine realistische Größenordnung, um eine zeitnahe Besetzung und damit eine sukzessive Reduzierung der Belastungszahlen gewährleisten zu können.

Ziel ist die Erreichung einer ausgewogenen Geschäftsbelastung insgesamt. Daher soll diese auch künftig weiter beobachtet und bei Bedarf erforderliche Anpassungen eingebracht werden.

Eine belastbare Aussage dazu, welche Zahl an Neueinstellungen ausreichend ist, um die Zahl der offenen Ermittlungsverfahren spürbar zu reduzieren, ist nicht möglich. Die Abarbeitung der offenen Ermittlungsverfahren ist unter anderem abhängig von den nicht prognostizierbaren Zahlen der Neuzugänge, die nicht der Steuerung der Justiz unterliegt.

Wiesbaden, 10. Januar 2025

**Christian Heinz**

**Anlagen**

[illegible]

| Deliktgruppen                                                                                        | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Staatsschutzsachen                                                                                   |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Politische Strafsachen sowie staatsgefährdende Gewalttaten nach § 91 StGB                            |      |      |      |      |      | 1    |      |      |
| Vergehen nach § 131 StGB                                                                             |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung                                                       |      |      | 1    |      |      |      | 1    | 1    |
| Verbreitung pornografischer Schriften (§§ 184 bis 184d StGB)                                         |      |      |      |      |      |      |      | 2    |
| Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG (soweit nicht Sachgebiete 52 oder 53)                 |      |      | 1    | 1    |      |      | 1    | 9    |
| Vorsätzliche Körperverletzungen (soweit nicht Sachgebiete 20, 51, 53 oder 90)                        |      |      |      |      | 1    | 1    | 2    |      |
| Diebstahl und Unterschlagung (soweit nicht Sachgebiet 51)                                            |      |      |      |      | 1    | 1    | 3    | 3    |
| Betrug und Untreue (soweit nicht Sachgebiete 40, 41 oder 51)                                         |      |      |      | 2    |      | 1    | 3    | 9    |
| Verkehr mit fahrlässiger Tötung sowie gemeingef. Straftaten nach §§ 315 bis 315d, ohne § 315c Abs.1a |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Sonstige Verkehrsstraftaten                                                                          |      |      |      |      |      |      | 1    |      |
| Wirtschaftsstrafverfahren nach § 74c GVG                                                             |      |      | 1    |      | 2    | 7    | 11   | 17   |
| Sonstige Wirtschaftsstrafverfahren (soweit nicht Sachgebiet 44)                                      |      |      |      | 1    |      | 3    | 7    | 3    |
| Steuerstrafverfahren                                                                                 |      |      |      | 3    | 1    | 1    | 7    | 4    |
| Geldwäschdelikte                                                                                     |      | 2    |      | 1    | 1    | 1    | 2    |      |
| Straftaten i. S. § 74c Abs.1 GVG nicht gewerbsm. Abnehmer per Internet begangen (soweit nicht SG 40) |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Umweltschutzstrafsachen                                                                              |      |      |      |      |      | 1    |      |      |
| Korruptionsdelikte                                                                                   |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Verfahren geg. Justizbed., Richt., Notare., sonst. Amtsträger u. RA (soweit nicht SG 40, 41, 52-54)  |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Gewaltausübung und Aussetzung durch Polizeibedienstete                                               |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Zwang und Missbrauch des Amtes durch Polizeibedienstete                                              |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Einschleusung von Ausländern                                                                         |      |      |      |      |      |      | 2    |      |
| sonstige Straftaten n. dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz u. dem Freizügigkeitsgesetz/EU  |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Straftaten nach dem BTMG, für die das Gesetz eine Freiheitsstrafe von nicht unter 1 Jahr vorsieht    |      |      |      |      |      |      |      | 1    |
| Sonstige Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz                                                  |      |      |      |      |      | 1    |      | 1    |
| Ärztessachen und Straftaten nach dem Heilpraktikergesetz                                             |      | 1    | 1    |      |      |      |      | 2    |
| Pressestrafsachen                                                                                    |      |      |      |      |      |      |      |      |
| Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht          |      |      |      |      | 1    | 3    |      | 7    |
| Verfahren gegen Strafunmündige                                                                       |      |      |      |      | 1    |      |      |      |
| Sonstige allgemeine Straftaten                                                                       | 1    |      |      |      | 1    |      | 2    | 4    |

| <b>Deliktgruppen</b>                                                                                 | <b>2018</b> | <b>2019</b> | <b>2020</b> | <b>2021</b> | <b>2022</b> | <b>2023</b> | <b>2024</b> | <b>Gesamt</b> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|---------------|
| Staatsschutzsachen                                                                                   |             | 1           | 6           | 7           | 9           | 31          | 107         | <b>161</b>    |
| Politische Strafsachen sowie staatsgefährdende Gewalttaten nach § 91 StGB                            |             | 3           | 3           | 8           | 28          | 135         | 1.364       | <b>1.542</b>  |
| Vergehen nach § 131 StGB                                                                             |             |             |             |             |             | 1           | 4           | <b>5</b>      |
| Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung                                                       | 3           | 10          | 22          | 64          | 158         | 509         | 1.989       | <b>2.759</b>  |
| Verbreitung pornografischer Schriften (§§ 184 bis 184d StGB)                                         | 2           | 10          | 24          | 118         | 549         | 1.073       | 2.241       | <b>4.019</b>  |
| Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG (soweit nicht Sachgebiete 52 oder 53)                 | 3           | 7           | 13          | 23          | 30          | 64          | 229         | <b>382</b>    |
| Vorsätzliche Körperverletzungen (soweit nicht Sachgebiete 20, 51, 53 oder 90)                        | 6           | 4           | 14          | 51          | 131         | 632         | 8.775       | <b>9.619</b>  |
| Diebstahl und Unterschlagung (soweit nicht Sachgebiet 51)                                            | 3           | 10          | 27          | 55          | 148         | 603         | 8.239       | <b>9.093</b>  |
| Betrug und Untreue (soweit nicht Sachgebiete 40, 41 oder 51)                                         | 10          | 64          | 158         | 230         | 483         | 1.931       | 14.400      | <b>17.292</b> |
| Verkehr mit fahrlässiger Tötung sowie gemeingef. Straftaten nach §§ 315 bis 315d, ohne § 315c Abs.1a |             |             | 1           | 1           | 9           | 34          | 562         | <b>607</b>    |
| Sonstige Verkehrsstraftaten                                                                          | 1           | 4           | 13          | 28          | 53          | 421         | 15.336      | <b>15.857</b> |
| Wirtschaftsstrafverfahren nach § 74c GVG                                                             | 16          | 23          | 65          | 78          | 118         | 182         | 196         | <b>717</b>    |
| Sonstige Wirtschaftsstrafverfahren (soweit nicht Sachgebiet 44)                                      | 24          | 48          | 72          | 182         | 300         | 757         | 2.996       | <b>4.393</b>  |
| Steuerstrafverfahren                                                                                 | 10          | 18          | 42          | 51          | 78          | 190         | 339         | <b>744</b>    |
| Geldwäschedelikte                                                                                    | 1           | 11          | 18          | 67          | 173         | 914         | 3.722       | <b>4.913</b>  |
| Straftaten i. S. § 74c Abs.1 GVG nicht gewerbsm. Abnehmer per Internet begangen (soweit nicht SG 40) |             |             |             | 1           | 2           | 3           | 48          | <b>54</b>     |
| Umweltschutzstrafsachen                                                                              |             | 1           | 4           | 11          | 16          | 41          | 218         | <b>292</b>    |
| Korruptionsdelikte                                                                                   |             | 1           | 2           | 3           | 8           | 9           | 25          | <b>48</b>     |
| Verfahren geg. Justizbed., Richt., Notare., sonst. Amtsträger u. RA (soweit nicht SG 40, 41, 52-54)  | 2           | 2           | 3           | 15          | 30          | 117         | 452         | <b>621</b>    |
| Gewaltausübung und Aussetzung durch Polizeibedienstete                                               |             | 1           | 1           | 1           | 4           | 4           | 52          | <b>63</b>     |
| Zwang und Missbrauch des Amtes durch Polizeibedienstete                                              |             |             |             |             |             | 1           | 1           | <b>2</b>      |
| Einschleusung von Ausländern                                                                         |             | 3           | 3           | 6           | 12          | 23          | 90          | <b>139</b>    |
| sonstige Straftaten n. dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz u. dem Freizügigkeitsgesetz/EU  | 1           | 1           | 3           | 7           | 14          | 104         | 2.641       | <b>2.771</b>  |
| Straftaten nach dem BTMG, für die das Gesetz eine Freiheitsstrafe von nicht unter 1 Jahr vorsieht    | 7           | 4           | 13          | 53          | 185         | 461         | 949         | <b>1.674</b>  |
| Sonstige Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz                                                  | 2           | 2           | 10          | 32          | 97          | 348         | 4.478       | <b>4.971</b>  |
| Ärztessachen und Straftaten nach dem Heilpraktikergesetz                                             | 1           |             | 3           | 10          | 12          | 35          | 67          | <b>132</b>    |
| Pressestrafsachen                                                                                    |             |             |             |             | 1           |             |             | <b>1</b>      |
| Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht          | 3           | 4           | 19          | 29          | 131         | 491         | 1.653       | <b>2.347</b>  |
| Verfahren gegen Strafunmündige                                                                       |             |             | 1           | 2           | 4           | 11          | 536         | <b>555</b>    |
| Sonstige allgemeine Straftaten                                                                       | 5           | 16          | 56          | 169         | 362         | 1.625       | 17.614      | <b>19.855</b> |